

# Bezirksregierung Köln

|   |
|---|
| <b>Regionalrat</b>                      |
| <b><u>Sachgebiet:</u></b><br><br>Antrag |
| <b>Drucksache Nr.:RR 81/ 2016</b>       |
| <b>4. Sitzungsperiode</b>               |

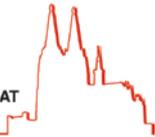
Köln, den 22.09.2016

## **Tischvorlage für die 10. Sitzung des Regionalrates am 23. September 2016**

- TOP 6 a)**                    **Antrag von CDU, SPD, Grüne und FDP zum Bonn/Berlin  
Gesetz  
„Kein Umzug der Bonner Ministerien nach Berlin!  
Bonn -Berlin-Gesetz muss Gültigkeit behalten!“**
- Rechtsgrundlage:**    § 11 Geschäftsordnung des Regionalrates Köln (GO)
- Inhalt:**                    Antrag der CDU, SPD, Grüne und FDP Fraktion



**CDU** REGIONALRAT  
KÖLN



**Freie  
Demokraten**  
Fraktion im  
Regionalrat Köln **FDP**

im Regionalrat Köln

An den Vorsitzenden  
des Regionalrates  
des Regierungsbezirkes Köln  
Herrn Rainer Deppe MdL

Fraktionsvorsitzender  
Stefan Götz, CDU

Tel.: 0221/ 1395446 Telefax: 0221/ 1395451  
E-Mail: info@cdu-regionalrat-koeln.de

Fraktionsvorsitzender  
Gerhard Neitzke  
Tel.: 0221/ 1301507 Telefax: 02273/ 914794  
E-Mail: info@spd-regionalrat-koeln.de

Fraktionsvorsitzender  
Rolf Beu, DIE GRÜNEN  
Tel.: 0221/ 9912266 Telefax: 0221/ 9912267  
E-Mail: gruene.regionalrat-koeln@netcologne.de

Fraktionsvorsitzender  
Reinhold Müller, FDP  
Tel.: 0221 / 253726  
E-Mail: info@fdp-regionalrat-koeln.de

Köln, 21. September 2016

**10. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirkes Köln am 23. September 2016**  
hier: Antrag gem. § 11 der Geschäftsordnung des Regionalrates Köln

Sehr geehrter Herr Deppe,

wir bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Regionalrates Köln am 23. September 2016 aufzunehmen:

**Kein Umzug der Bonner Ministerien nach Berlin!**  
**Bonn-Berlin-Gesetz muss Gültigkeit behalten!**

**Der Regionalrat Köln unterstützt**

die im Landtag von NRW verabschiedete Resolution „**Berlin/Bonn-Gesetz im Interesse von Bund, Land und Region nachhaltig realisieren: die Bundesstadt Bonn als Regierungs- und UN-Standort stärken**“, begrüßt das von der Region Bonn/Rhein-Sieg/Ahrweiler vorgestellte Positionspapier „**Bundesstadt Bonn – Kompetenzzentrum für Deutschland**“ und unterstützt die gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung erhobenen Forderungen.

## Begründung

Das Bonn-Berlin-Gesetz ist nicht nur für die weitere Entwicklung der Bundesstadt Bonn, sondern darüber hinaus für die gesamte Region von zentraler Bedeutung. Mit seinen direkten und indirekten Beschäftigungseffekten stellt der Bund in der Region rund 60.000 Arbeitsplätze. Er ist damit nach wie vor der größte und bedeutendste Arbeitgeber im Bonner Raum. Ein Umzug von Ministerien nach Berlin würde in der Region erhebliche negative Kettenreaktionen hervorrufen. Verluste von Arbeitsplätzen und Einwohnern, dementsprechender Rückgang von Kaufkraft, Leerstände und Wertverluste bei Wohn- und Gewerbeimmobilien sowie eine Zunahme von Arbeitslosigkeit wären die unweigerliche Folge. Die – mit Hilfe von Bundesmitteln – erreichten Erfolge im Strukturwandel würden zunichte gemacht und wesentliche Grundlagen, auf denen sich die Zukunftsperspektiven der Region stützen, zerstört. Dies alles würde der Bund zu einem Preis erkaufen, der die öffentliche Verschuldung weiter in die Höhe treibt und die Steuerzahler zusätzlich belastet.

Nicht nur im Hinblick auf die Neuaufstellung des Regionalplans im Regierungsbezirk Köln ist es von zentraler Bedeutung, mit dem Bonn-Berlin-Gesetz auch zukünftig eine verlässliche Planungsgrundlage zu haben.

Die Zentralisierungsbewegungen treffen inzwischen nicht nur die Region Bonn/Rhein-Sieg und damit Nordrhein-Westfalen, sondern auch andere Regionen und Bundesländer. Durch einen Umzug von Ministerien nach Berlin würde die Sogkraft, die von der Hauptstadt ausgeht, weiter zunehmen; immer mehr Standorte, Städte und Regionen in Deutschland würden in den Strudel der Verlagerung nach Berlin geraten und eigene Perspektiven verlieren. Es liegt daher nicht nur im Interesse von Nordrhein-Westfalen, sondern im Interesse aller Bundesländer und damit im gesamtstaatlichen Interesse, dass die föderative Balance gewahrt und die vielfältige Dezentralität Deutschlands nicht ausgehöhlt wird.

Mit freundlichen Grüßen



**Stefan Götz**  
(Fraktionsvorsitzender)



**Gerhard Neitzke**  
(Fraktionsvorsitzender)



**Rolf Beu**  
(Fraktionsvorsitzender)



**Reinhold Müller**  
(Fraktionsvorsitzender)